

Nr 3596 13

II-7428 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1992 -10- 13

ANFRAGE

der Abgeordneten Annemarie Reitsamer
und Genossen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend die unbefriedigende Rechtslage im Zusammenhang mit der Luftfahrthaftung in
Österreich

Durch das El-Al-Desaster in Amsterdam ist auch die österreichische Öffentlichkeit auf die Problematik der Gefahren, die aus der Zivilluftfahrt insbesondere in der Nähe von Flughäfen resultieren, aufmerksam geworden (siehe Beilage). Insbesondere wurde darauf aufmerksam gemacht, daß nach dem Österreichischen Luftfahrthaftungsrecht derzeit allfälligen Opfern am Boden nur eine Gesamtschadenersatzsumme von 15 Millionen Schilling zur Verfügung stehen würde. Dies ergibt sich daraus, daß die entsprechende gesetzliche Bestimmung im wesentlichen noch aus den Dreißigerjahren dieses Jahrhunderts stammt und Fluggewicht und Flugtypen damals nicht mit heutigen Maßstäben vergleichbar waren.

Da die Rechtslage auf dem beschriebenen Gebiet unbefriedigend erscheint, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie den Inhalt des in der Beilage abgedruckten Artikels über den "skandalösen Rechtszustand" der österreichischen Luftfahrthaftung ?
2. Sofern Sie die gegebene Rechtslage im Bereich der Luftfahrthaftung für unzureichend erachten: welche Möglichkeiten sehen Sie von seiten Ihres Ministeriums, den Abgeordneten zum Nationalrat Grundlagen für eine allfällige Novellierung des gegenwärtigen Rechtszustandes zu bieten ?
3. Sind Sie der Meinung, daß eine Novellierung des Luftverkehrsgesetzes notwendig ist ?

4. Welche weiteren Schritte erscheinen Ihnen sinnvoll, um die Bevölkerung einerseits vor Schäden aus dem Zivilluftverkehr zu schützen und andererseits bei allfälligen Schäden eine entsprechende Schadenersatzleistung zukommen zu lassen ?

Durch nichts begründete Demontage

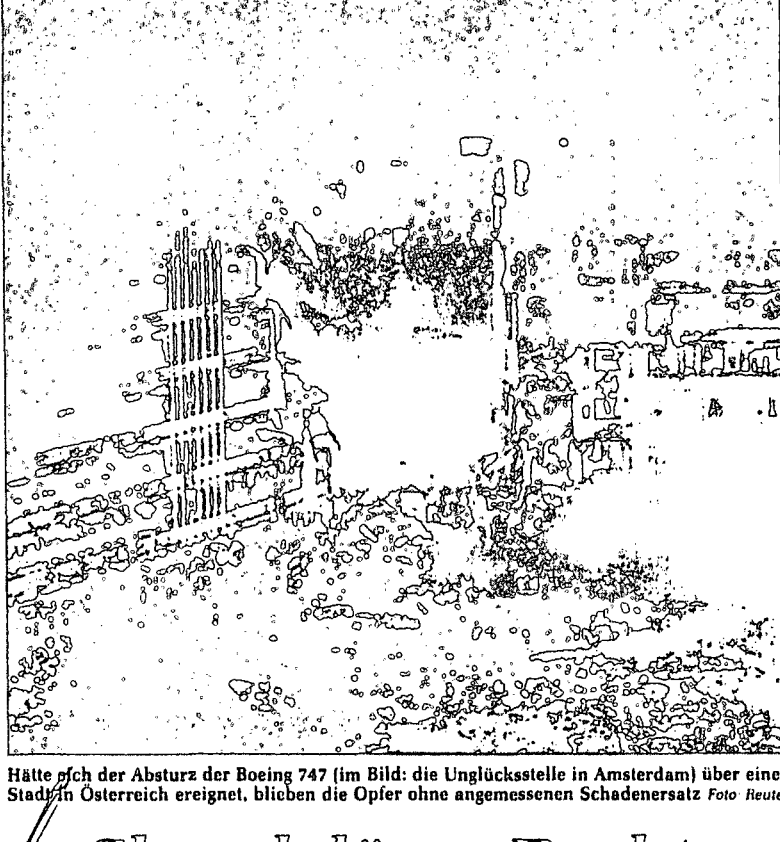
Die Umstände, unter denen das Wissenschaftsministerium derzeit versucht, in einer acht- und Nebel-Aktion eine durch nichts begründete Demontage der Universität Klagenfurt vorzunehmen, dürfen der österreichischen Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.

Als teilweise langjährige Mitarbeiter an Universitäten des englischsprachigen Auslands – einer von uns war auch Gründungsmitglied einer neuen britischen Universität und an der Universitätsform der 70er Jahre beteiligt – fühlen wir uns verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß uns in einzigem Fall aus dem östlichen Ausland bekannt ist, in dem eine Regierung über ein Ministerium über eine Einzelhochschule unter dem Vorwand der Reform herfallen wäre, ohne ein gemeinsames Reformkonzept zur Verfügung zu haben und ohne selbstverständlich die Hochschulen in den Reformprozeß einzubeziehen. Der genau dieses spielt sich in Klagenfurt ab.

Reformiert wird heute in allen Ländern der Welt. Es ist bekannt, daß die Universitätsform insbesondere in den USA und in Großbritannien beträchtlichen institutionellen und auch personellen Veränderungen geführt hat.

Diese Härten wurden von betroffenen Institutionen und Personen nur auf sich genommen, weil auf Grund von Gesamtanalysen und einer Einbindung aller durchaus in Aussicht wurde, daß auch an Universitäten ihren Beitrag zur Modernisierung und wirtschaftlichen Gesundung öffentlicher Einrichtungen zu leisten hatten. Der österreichische Weg – die Schwächeposition einer neuen, in einem zentral gelegenen Universität für kurzfristige politische Zwecke auszunutzen – ist ein Gewaltakt gegen Demokratie und den gesunden Menschenverstand.

Univ.-Prof. Dr. Franz Kuna und die Mitarbeiter des Instituts für Anglistik und Amerikanistik der Uni Klagenfurt



Hätte sich der Absturz der Boeing 747 (im Bild: die Unglücksstelle in Amsterdam) über einer Stadt in Österreich ereignet, blieben die Opfer ohne angemessenen Schadenersatz Foto: Reuters

Skandalöser Rechtszustand

Österreichs Luftfahrthaftung im Lichte des Amsterdamer El-Al-Desasters

Willibald Posch

Das El-Al-Desaster in Amsterdam bietet den

Anlaß, auf einen geradezu unfaßbaren Zustand im österreichischen Recht der Luftfahrthaftung hinzuweisen, dessen ehebaldigste Abschaffung durch den österreichischen Gesetzgeber dringend zu fordern ist.

Sollte nämlich eine Boeing-747-Jumbo mit ca. 330 Tonnen maximalem Fluggewicht hierzulande in ein Wohngebiet abstürzen und auf der Erdoberfläche entsprechend exorbitanten Schaden an Menschen und Sachwerten verursachen, stünde den Opfern am Boden nur eine Gesamtschadenersatzsumme von 15.000.000 Schilling zur Verfügung! Auf diesen Betrag

ist die Gesamthaftung des Luftfahrzeughalters nach Paragraph 23 des Luftverkehrsgesetzes seit 1989 beschränkt; zuvor war diese Haftungsgrenze gar nur bei 9.000.000 S gezogen. Ausgenommen von dieser Begrenzungsregel sind Absturzschiaden durch militärische Luftfahrzeuge.

Bewohner einer Gegend, die im Einzugsbereich eines Flughafens oder unter einer Luftstraße liegt, müssen also nicht nur die Beeinträchtigung ihres Lebensraumes durch Lärm und Abgase erdulden; sie könnten auch leicht bei einem Unglück ohne angemessenen Schadenersatz bleiben: Wie kommen sie dazu?

Sie kommen deshalb dazu, weil der österreichische Gesetzgeber das aus den 30er

Jahren stammende Recht der Luftfahrthaftung durch Jahrzehnte sträflich vernachlässigt und nicht den technischen Gegebenheiten des ausgehenden 20. Jahrhunderts angepaßt hat. Die in Paragraph 23 LuftVerkG vorgesehenen Haftungshöchstgrenzen stammen aus einer Zeit, in der das Fluggewicht der größten Flugtypen wenige Tonnen betrug.

Es entsprach dem technischen Entwicklungsstand im Flugzeugbau der Zwischenkriegszeit, wenn der Gesetzgeber unterschiedlich hohe Grenzen für Maschinen bis 1200 kg bzw. 2500 kg Fluggewicht vorsah, und für das darüber liegende Fluggewicht je kg Mehrgewicht einen Geldbetrag ansetzte, um dann eine Höchstgrenze einzuziehen.

der (nach den heutigen Beträgen) ein Gesamtfluggewicht von lediglich 7,8 Tonnen entspricht.

Daß die Flugzeuge inzwischen viel schwerer geworden sind und daher ein Haftungsplafond wie in Paragraph 23 c LuftVerkG vorgesehen absolut unangemessen ist, haben die zuständigen Ministerialisten hierzulande nicht gesehen, obwohl die zweimalige Novellierung der bundesdeutschen Fassung des Luftverkehrsgesetzes aus 1964 und 1977 als Vorbild für eine Anpassung dienen könnte: In Deutschland gibt es schon seit einiger Zeit keine starre Haftungshöchstgrenze für Schäden, die ein Luftfahrzeug auf der Erdoberfläche verursacht; vielmehr steigt die Gesamtschadenersatzsumme mit dem Fluggewicht. Für eine Boeing 747 wäre sie 65-Millionen-D-Mark (also mehr als 30mal soviel wie in Österreich).

Im Lichte des Amsterdamer El-Al-Desasters sollte der österreichische Gesetzgeber unverzüglich eine ähnliche Lösung vorsehen und so einen skandalösen Rechtszustand beenden.

Willibald Posch ist Professor am Institut für Bürgerliches Recht an der Universität Graz

Dr. Andreas Khol

1120 Wien

Geschmacksurteil

Betrifft: STANDARD-Beiträge zur Diskussion um Werbeverbot für Tabakwaren

Als Nichtraucher, der nur ab und zu zur Pfeife greift, habe ich durchaus Verständnis für ein Werbeverbot. Als Mitorganisator von wissenschaftlichen Symposien über zeitge-

Intelligenzfrage

Betrifft: „Kopf des Tages“ Alexander Antonitsch

STANDARD Nr. 1169, 29. 9. 92 Der ansonsten recht vergnügliche Artikel von Wolfgang Weisgram geht gegen Schluß ins Out. Ob Tennis eine intelligentere Disziplin als Regie darstellt, und welcher der beiden Helden Antonitsch/Schwarzenegger nun wirklich witziger ist, ist zumindest diskussionswürdig.

Kurt Frank

1010 Wien

Linientreue

Betrifft: „NATO-Debatte“

STANDARD Nr. 1156, 14. 9. 92 In og. Notiz wurde die Behauptung des früheren Abgeordneten Repoldner abgedruckt, ich hätte mich für den NATO-Beitritt Österreichs

Zwillingswunsch

Betrifft: NAMEN

Nikolaus Bethlen

1060 Wien

ahrheitsfindung

trifft: STANDARD-Album – historischer Atlas

Der hervorragende Artikel über das Burgenland von Alfred Scheuch kann in einigen Punkten nicht unwiderrufen bleiben.

1. Das „deutschsprachige Bestandsgut“ hat es zur Zeit des Ersten Weltkriegs nicht gegeben, wohl aber ein deutschsprachiges Grenzgebiet. 2. Die angeführten deutschen Städte waren keineswegs deutsch: Preßburg war eine tschechische Stadt. Die alte Ungarische Altburg, Wien und St. Gotthard können bestenfalls als gemischtdeutsch bezeichnet werden. General Lehar befehligte eine Armee, die im um Steinamanger stationiert war und nicht das ganze

DAS AKTUELLE BUCH

Packender Statistik-Thriller

Jay M. Gould, Benjamin A. Goldman:
Tödliche Täuschung Radioaktivität. Niedrige Strahlung – hohes Risiko
Verlag C. H. Beck,
München 1992
266 Seiten, 65 187.20

Die Fragwürdigkeit von Grenzwerten, diesen willkürlich und nach handfesten Interessen ins Kontinuum der Schädlichkeit geschlagenen Linien, deren Nichtüberschreiten eine intakte Gesundheit verheißt, ist ein offenes Geheimnis.

Geradezu unsinnig, wenn nicht lügenhaft, ist das Gerede von Grenzwerten und ungefährlichen Dosen bei radioaktiver Belastung. Atomindustrie und Politik sprechen davon, daß ohnehin eine gewisse Hintergrundstrahlung vorhanden sei, und daß man die Menschen nicht beunruhigen sollte.

Stellt den Einsatz von Radioaktivität einzuschränken, nimmt man Gesundheitsschädigung bewußt in Kauf. Sollte

es je eines überzeugenden Beispiels dafür bedürftig haben, daß auch schwache radioaktive Belastungen dramatische Folgen haben – Gould und Goldman liefern ihn. Aus ihren Untersuchungen geht abweisbar hervor, daß durch Kernkraftwerke und literarische Kernanlagen in der niedrigen Strahlung eine hohe Zahl zusätzlicher Todesfälle zur Folge hatte. Niedrig die Strahlung kann, zeigt sich, wenn man nach Tschernobyl die Slingsterblichkeit sogar in USA um 12,3 Prozent stieg.

Beängstigende Langzeitfolgen

Doch Menschen sterben nicht nur, wenn ein Unfall stattfindet. Die kleinen Leiden und die nach den öffentlichen Verlautbarungen unerheblichen Mengen entwickelter Radioaktivität, ja sogar bloße Inbetriebnahme von Reaktoren finden sich in Statistiken wieder: als Anzeichen der Fehlgeburten, Säuglingssterblichkeit, Krebsrate.

Beängstigende Langzeitfolgen werden sichtbar: bisherige Generationen, die zwischen 1945 und 1962 dem – zumeist selbstverständlich nachlässigen – Wert der Fallout von 40.000 Hirobambom ausgesetzt waren, zeigen heute erhöhte Sterblichkeit für Defekte des Immunsystems und – für ein Alter – erschreckende Krebsraten.

Schon 1958 hatte Pauling bilanziert: bisherige Million schwer geschädigte Kinder, ebensovielen toten Embryonen und Neugeborenen, Erbschäden bei Millionen, selbst hier errechnete A. Sacharow, daß 50 Megatonnen Sprengkraft in der Atmosphäre weltweit 500.000.000.000 Tote zur Folge hätten. Allein die Sowjetunion blies 1961/62 400 Megatonnen in die Luft.

Auch die drastisch erhöhte Sterblichkeit in der Nähe von Reaktoren ist nicht unbekannt, darum wurden in den USA, wo es um die Daten amtlich gefälscht werden, treten just nach Tschernobyl (erstaunliche Weise nur dann) Berechnungen auf – darum werden Statistiken undifferenziert und unübersichtlich strukturiert, darum werden die Zahlen einfach nicht mehr veröffentlicht.

Wir wollen nicht alle raten über diesen packenden Statistik-Thriller – bei der Leser unter den Österreichern ist.

Franz Reith

Der Rechtsverlag mit dem 1000sten Erfolge

Der Rechtsverlag Last & Co feiert mit seinem Sammelwerk „DAS ÖSTERREICHISCHE RECHT“ die 1000. Aktualisierungslieferung. Trotz anfänglichem Mißtrauen seitens der Verlage konnte sich doch die Qualität des ausgezeichneten Werkes durchsetzen. Das Erfolgswerk besteht, nun den Skulpturen zum Trotz, schon seit über 40 Jahren. Höchstgeliebte Persönlichkeiten, wie z.B. Herr Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky oder der Präsident des österreichischen Anwaltskammerpräsident Herr Dr. Walter Schuppich sind nicht nur treue Kunden des Sammelwerkes, sondern bestätigen den hohen Standard. Die Bände beinhalten alle österreichischen Gesetzestexte, Paragraphen und Novellen. Nicht nur durch Vollständigkeit, sondern